

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 80. Sitzung

am Donnerstag, dem 20. November 2014, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)	Vorsitzender
Tobias Koch (CDU)	
Hans Hinrich Neve (CDU)	
Johannes Callsen (CDU)	i. V. v. Peter Sönnichsen
Beate Raudies (SPD)	i. V. v. Birgit Herdejürgen
Lars Winter (SPD)	
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Andres Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Eka von Kalben
Dr. Heiner Garg (FDP)	
Torge Schmidt (PIRATEN)	
Lars Harms (SSW)	

Weitere Abgeordnete

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. a) Ergebnisse der 145. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 4. bis 6. November 2014 in Wismar	5
Umdruck 18/3475	
b) Nachschiebeliste der Landesregierung zum Haushaltsentwurf 2015	
Umdruck 18/3518	
2. Palliativstation am UKSH, Standort Lübeck	8
Vorlagen des Wissenschaftsministeriums Umdrucke 18/3192 und 18/3522	
3. Entwurf eines Gesetzes zur institutionellen Förderung des Landesfeuerwehrverbandes	9
Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1151	
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Umdruck 18/2670	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Umdruck 18/3569	
4. Bericht der Landesregierung über die Konsequenzen der laufenden Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem BUND für die Gewährung von Zuschüssen durch das Land	11
Antrag der Fraktion der CDU Umdruck 18/3573	
5. Schuldenbremse einhalten - Investitionen erhöhen	13
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2405	
Die Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins sichern	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW	

[Drucksache 18/2453](#) - selbstständig -

6. Information/Kenntnisnahme 14

vertraulicher [Umdruck 18/3576](#) - Online-Spendenforum

vertraulicher [Umdruck 18/3582](#) - Einzelplan 06

7. Verschiedenes 15

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Ergebnisse der 145. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 4. bis 6. November 2014 in Wismar

[Umdruck 18/3475](#)

b) Nachschiebeliste der Landesregierung zum Haushaltsentwurf 2015

[Umdruck 18/3518](#)

hierzu: Stellungnahme des Landesrechnungshofs zum Haushaltsentwurf 2015

[Umdruck 18/3554](#)

Herr Dopp, Vizepräsident des Landesrechnungshofs, nimmt zum Haushaltsentwurf 2015 Stellung, [Umdruck 18/3554](#).

Finanzministerin Heinold führt in die Nachschiebeliste ein, [Umdruck 18/3518](#). Den größten Block der Ausgabesteigerungen machten neben den Zuweisungen an die Kommunen die Tarif- und Besoldungserhöhungen einschließlich Versorgungsempfänger aus. Weil es inzwischen eine Einigung mit den Kommunen gegeben habe, werde man in einer zweiten Nachschiebeliste die Risikovorsorge von 45 Millionen € wie folgt auflösen: 14 Millionen € SGB XII, 15 Millionen € Moratorium Schulbegleitung, rund 10 Millionen € Vorgriffsstunde.

Auf Fragen von Abg. Dr. Garg teilt Frau Hesser, stellvertretende Leiterin des Referats Sozialhilfe im Sozialministerium, mit, bei der Eingliederungshilfe gehe man von durchschnittlichen Kostensteigerungen in Höhe von 3 % bis Ende 2014 und 2,5 % ab 2015 aus unter Berücksichtigung von Fallzahlsteigerungen. Zum Ausgleichsmechanismus verweist sie auf das Ausführungsgesetz zum SGB XII, das dem Landtag zugeleitet werde.

Auf Fragen von Abg. Koch erwidert Finanzministerin Heinold, die Planungskosten Infrastruktur in Höhe von 5 Millionen € habe man aus Gründen der Flexibilität in Einzelplan 11 veranschlagt; ein Betrag von 1,8 Millionen € sei für die Rader Hochbrücke und die Fehmarnsund-Brücke vorgesehen, 0,6 Millionen € für die Seehundstation in Friedrichskoog;

ab 2016 sollten Planungskosten in Höhe von 10 Millionen € veranschlagt werden. Die Geschäftsentwicklung der Landesforsten sei 2014 sehr gut, nicht zuletzt wegen der Veräußerungserlöse aus Holzverkäufen, die mit den Stürmen des Jahres 2013 zusammenhingen. Der Planansatz für das Jahresergebnis im laufenden Geschäftsjahr liege bei mehr als 8 Millionen €. Eine Ausschüttung von 100.000 € im Jahr 2015 aufgrund des Jahresabschlusses 2014 mit einem voraussichtlich deutlich positiven Jahresergebnis sei leistbar und stehe auch der Liquiditätsslage nicht entgegen.

Abg. Dr. Garg bittet die Landesregierung, näher zu erläutern, wie sich die Summe der Mehrausgaben für Flüchtlinge in Höhe von 53 Millionen € zusammensetze und auf welche Haushaltstitel die BAföG-Mittel in Höhe von 36,4 Millionen € umgesetzt würden.

Auf Fragen von Abg. Dr. Garg zur Ersatzschulfinanzierung versichert die Finanzministerin, die Rücklage bei den Schulen in freier Trägerschaft solle auch in Zukunft erhalten bleiben und werde in den Fraktionsanträgen entsprechend aufgenommen. Im Übrigen sei die Höhe der Zuschüsse an die deutschen Privatschulen an den Bedarf angepasst worden.

Auf Fragen von Abg. Koch antwortet Herr Jürgensen, Haushaltsbeauftragter des Bildungsministeriums, das Handlungskonzept PLuS, das in den Erläuterungen im Haushalt dargestellt werde, werde nicht mit umgewandelten Lehrerstellen, sondern mit einem eigenen Haushaltsansatz finanziert. Die rückgeführten 75 Stellen würden auch für DaZ-Maßnahmen vorgesehen und darüber hinaus 2,5 Millionen € Personalmittel ins Lehrpersonalbudget aufgenommen.

Herr Dr. Eggeling, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, macht darauf aufmerksam, dass durch die Einführung einer einheitlichen Schulverwaltungssoftware ab 2015 Mehrausgaben in Millionenhöhe auf das Land zukämen.

Auf eine Frage von Abg. Sönnichsen zur Sondervereinbarung mit der Nordkirche ([Umdruck 18/3444](#)) teilt Herr Neuhausen, Haushaltsbeauftragter des Kulturministeriums, mit, die Planungen für die Neulandhalle würden frühestens ab 2016 haushaltsrelevant.

Abg. Callsen kritisiert, dass für die Maßnahmen des Infrastrukturprogramms 2018 seitens der Landesregierung bisher keine Planungen vorlägen.

Ministerin Heinold kündigt an, dass die Landesregierung dem Landtag Ende dieses Jahres erstmals einen Infrastrukturbericht vorlegen werde, der eine Bestandsaufnahme darstelle. Im Frühjahr 2015 wolle die Landesregierung eine Priorisierung von Maßnahmen vornehmen, für

deren Umsetzung man einen Planungsvorlauf von zwei bis drei Jahren brauche und ab 2016 Haushaltsmittel zur Verfügung stellen werde.

Abg. Dr. Garg appelliert an die Landesregierung, auch Gelder für die Investitionsplanung und Sanierung der Krankenhäuser bereitzustellen.

Ministerin Heinold äußert, man werde den Sanierungsstau Stück für Stück abarbeiten. Die Krankenhäuser seien ein Bereich, bei dem es in den nächsten Jahren mit Sicherheit Nachsteuerungsbedarf gebe.

Der Ausschuss nimmt die [Umdrucke 18/3475](#), [18/3518](#) und 18/3554 zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Palliativstation am UKSH, Standort Lübeck

Vorlagen des Wissenschaftsministeriums

[Umdrucke 18/3192](#) und 18/3522

Herr Dr. Eggeling, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, erwartet, dass vor einer Entscheidung der tatsächliche Bedarf von Palliativbetten in Lübeck nachvollziehbar ermittelt und dann die Verteilung der Betten abgestimmt werde.

Auf eine Frage von Abg. Winter stellt Frau Dr. Ahrens, Leiterin der Wissenschaftsabteilung im Wissenschaftsministerium, klar, die GMSH habe bestätigt, dass die für die Untersuchung vorgesehenen 50.000 € ausreichen ([Umdruck 18/3522](#)).

Einstimmig stimmt der Ausschuss der vom Wissenschaftsministerium beantragten Freigabe von 50.000 € zur Erstellung einer Planung und eines Finanzierungskonzepts zum Neubau einer Palliativstation am UKSH in Lübeck, interner [Umdruck 18/3192](#), zu.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur institutionellen Förderung des Landesfeuerwehrverbandes

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/1151](#)

(überwiesen am 27. September 2013)

hierzu: [Umdrucke 18/2166, 18/2285, 18/2335, 18/2473, 18/2546, 18/2670, 18/2728](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/3569](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP

[Umdruck 18/3617](#)

Abg. Schmidt und Dr. Garg halten es für entscheidend, den Mindestförderbetrag von 250.000 € für den Landesfeuerwehrverband im Gesetzentwurf festzuschreiben, der ihm Planungssicherheit gebe und insbesondere für die Nachwuchssicherung vorgesehen sei.

Abg. Koch setzt sich dafür ein, die Zuwendung an den Landessportverband auf 8,6 Millionen € zu erhöhen, um auch die Sanierung vereinseigener Sportstätten fördern zu können.

Abg. Harms begrüßt, dass sich alle Fraktionen in der Zielsetzung einig seien, Sport, Verbraucherinsolvenzberatung, Landesfeuerwehrverband, Friesenstiftung und Sinti und Roma besonders zu fördern. Für die Sanierung von Sportstätten wolle die Koalition Haushaltsmittel zur Verfügung stellen. Der Fördersatz von 0,5 % für den Landesfeuerwehrverband sei nach den Berechnungen von Finanzministerium und Landesfeuerwehrverband ausreichend und liege oberhalb des Mindestbetrags von 250.000 €

Abg. Andresen hält es für problematisch, wenn sich der Haushaltsgesetzgeber durch noch weiter gehende gesetzliche Festlegungen binde.

Herr Dr. Eggeling kündigt einen Beitrag zur Friesenstiftung in den Bemerkungen 2015 des Landesrechnungshofs an.

Vizepräsidentin Dopp erinnert an den Hinweis der Finanzministerin in der Ausschusssitzung am 3. April 2014, dass die Summe der Zweckabgaben nicht ausreiche, die gemeinnützigen Zwecke zu finanzieren und die Aufnahme weiterer Zweckbindungen das Finanzierungsproblem verschärfe.

Die Fraktionen vertagen die Beschlussfassung über den Gesetzentwurf auf die nächste Sitzung, am 27. November 2014, mit dem Ziel, sich auf eine gemeinsame Gesetzesänderung zu verständigen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über die Konsequenzen der laufenden Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem BUND für die Gewährung von Zuschüssen durch das Land

Antrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/3573](#)

Herr Dr. Ceynowa, Leiter der Allgemeinen Abteilung im Umweltministerium, führt aus, der BUND-Landesverband erhalte als einer von drei großen anerkannten Naturschutzverbänden eine institutionelle Förderung von 28.600 €, eine projektbezogene Förderung für die Betreuung von Naturschutzgebieten von 5.643 € und projektbezogene Zuwendungen aus BINGO-Mitteln in Höhe von 202.000 €. Bei der Prüfung der Verwendungsnachweise durch das Umweltministerium hätten sich in den letzten Jahren keine Beanstandungen und erst recht keine Zweifel an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung ergeben. Die Mittel, die das Land dem BUND 2014 zur Verfügung stelle, stünden nicht in Zusammenhang mit den öffentlich gewordenen Vorwürfen. Für das Umweltministerium gebe es im Moment keinen Anlass, die Zuwendungen 2014 in irgendeiner Weise zu überprüfen oder zu stoppen, solange man keine Hinweise von der Staatsanwaltschaft bekomme, die noch nicht einmal Akteneinsicht begehrt habe.

Abg. Callsen äußert sich befremdet darüber, dass Unternehmen in Schleswig-Holstein bei Fehlverhalten eines Beschäftigten ins Korruptionsregister des Landes eingetragen würden, während bei einem Naturschutzverband offenbar keine Konsequenzen gezogen würden. Die Vorgehensweise des Landes sei ein Stück mittelstands- und wirtschaftsfeindlich.

Herr Dr. Ceynowa betont, im Moment gebe es keinen nachgewiesenen Rechtsverstoß, sondern nur einen Zeitungsbericht über eine anonyme Anzeige. Entscheidend sei die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung.

Abg. Koch thematisiert die Frage, wie das Land mit Zuwendungsempfängern umgehe, bei denen die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nicht gegeben sei.

Ministerin Heinold verweist auf die Verwaltungsvorschriften zu § 44 der Landeshaushaltsordnung:

„Zuwendungen dürfen nur solchen Empfängerinnen oder Empfängern bewilligt werden, bei denen eine ordnungsgemäße Geschäftsführung gesichert erscheint und die in der Lage sind, die Verwendung der Mittel bestimmungsgemäß nachzuweisen.“

Sie halte die geltenden Regelungen für ausreichend, sei aber offen für Verbesserungsvorschläge.

Abg. Neve erinnert an die Zuwendungen an den Blindenverein und erwartet bei Zuwendungen Sensibilität.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Schuldenbremse einhalten - Investitionen erhöhen

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/2405](#)

Die Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins sichern

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/2453](#) - selbstständig -

(überwiesen am 14. November 2014)

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den CDU-Antrag, [Drucksache 18/2405](#), abzulehnen und den Koalitionsantrag, [Drucksache 18/2453](#), anzunehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

vertraulicher [Umdruck 18/3576](#) - Online-Spendenforum

vertraulicher [Umdruck 18/3582](#) - Einzelplan 06

Herr Dr. Eggeling stellt die Notwendigkeit einer Online-Spendenplattform infrage (vertraulicher [Umdruck 18/3576](#)).

Abg. Schmidt wirbt für das Instrument der Online-Spendenplattform, das umso erfolgreicher sei, je mehr es mit konkreten Projekten hinterlegt werde.

Der Ausschuss nimmt die [Umdrucke 18/3576](#) und 18/3582 zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Abg. Andresen erinnert an das Bestreben der Fraktionen, zum Thema **EU-Bankenabgabe** einen gemeinsamen Antrag in die Dezember-Tagung des Landtags einzubringen.
- b) Abg. Koch bittet den Wissenschaftlichen Dienst, zum Grad der Verbindlichkeit der Hinwirkungspflicht bei der **Offenlegung von Bezügen** und sonstigen Leistungen bei privatrechtlichen oder öffentlichen Unternehmen im Gesetzentwurf der Landesregierung [Drucksache 18/2234](#) Stellung zu nehmen.
- c) Der Finanzausschuss fordert die Staatskanzlei auf, ihm rechtzeitig vor dem 18. Dezember 2014 den erbetenen schriftlichen Bericht zu **KoPers** vorzulegen.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 11:55 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer